Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugspreis für vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. Die Expedition: Gr. Kirchgasse 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (angesetzt 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Festtagen 20 Pfg., unter „Eingesandt" Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht geboten. Auswärtige Ankündigungen gegen Vorausbezahlung, durch Briefmarken oder Nachnahme.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., Galeriestr. 26 (Telephon 380)
liefert Kostüme aller Nationen und Zeiten nach historischen Mustern leihweise und käuflich.
Effectairung nach auswärts prompt.

N. Salm
(Inh.: H. Vollmann)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1244)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbestempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

Chinawein,
Stärckungsmittel für Reconvalescenten und Blutarme.
1 Flasche 3 M., mit Eisen 3 M. 50 Pf.
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. **F. Schade & Co.** Haupt-Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

British Hotel und Restaurant. Separater Speisesaal mit Nebenzimmer, gut passend zur Abhaltung von Familienfesten, Hochzeiten etc. Hochachtungsvoll Ed. Gerdes. **British Hotel und Restaurant.**

Nr. 23. Spiegel: Spargeldervorlage. Revolution in Chile. Hofnachrichten, Hofball. Verabschiedung des Ministers v. Nostitz-Wallwitz. Bürgermeisterabzeichen, Geh. Rath Gilbert †. Akadem. Gesangverein, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Chopin-Abend. „Der Meineidbauer".

Freitag, 23. Januar.

Politisches.

In allen preußischen Blättern wird in diesen Tagen das gleiche Thema behandelt, und es ist vorauszusehen, daß sich desselben auch die Presse anderer Länder bemächtigen wird. Dieses Thema behandelt die Frage der Sperrgelder. Es sei von vornherein konstatirt, daß sich mit Ausnahme ganz linksstehender Blätter, so wie der klerikalen Organe, die gesammte Presse gegen den vom preußischen Kultusminister v. Goßler über diese Materie eingebrachten Gesetzentwurf erklärt, durch welchen im Gegensatz zu den Vorschlägen des vorigen Jahres der katholischen Geistlichkeit nicht der Zinsengenuß ihrer beschlagnahmten Kapitalien gewährt, sondern die betreffenden Summen frank und frei ausgehändigt werden sollen. Es ist wohl das erste Mal, daß ein- und dieselbe Regierung, ja ein- und derselbe Minister mit einer so erstaunlichen Gelenkigkeit vor einer parlamentarischen Partei zu Kreuze kriecht, wie es hier der Herr v. Goßler vor dem Centrum vollführt, und wenn man sich die einfachen Thatsachen vor Augen stellt, so wird man nur mit Schmerz und Bedauern die rückgratlose Politik konstatiren können, welche heutzutage von Ministern im Goßlerstil betrieben wird. Es hat seinerzeit schon Befremden erregt, daß dieser mit einem Bilde und einer lateinischen Unterschrift ausgezeichnete Würdenträger in der Schulfrage seine Ansicht so schnell wechselte, wie ein Paar Handschuhe; welche Töne auf der politischen Lyra aber soll man angesichts des neuen Faktums anschlagen? Vor einigen Monaten trat Herr v. Goßler vor die Rampe des Abgeordnetenhauses, gehüllt in den Mantel würdevollen Stolzes, und erklärte: „Die Staatsregierung ist in dieser Vorlage — welche den Bischöfen den Zinsgenuß, aber nicht die Kapitalien der gesperrten Gelder zugestand — bis an die Grenze gegangen, welche überhaupt noch möglich ist. Ich halte es für politisch unmöglich — wie es ein Antrag Brüel forderte — den Bischöfen 16 Millionen Kapital in die Hände zu geben. Das wäre ein Fehler, und ich glaube, daß die Majorität des Hauses diesen Fehler nicht mitmachen wird." Die überwiegende Mehrheit stellte sich auf diesen Standpunkt des Ministeriums Caprivi. Und jetzt ist möglich geworden, was vor Kurzem unmöglich war? Heraus mit den Gründen, Herr v. Goßler!

Die Gründe müßten allerdings sehr schwerwiegend sein, wenn nicht das preußische Volk zu der Meinung gelangen soll, daß die Unterhaltungen des Herrn Windthorst mit dem Herrn v. Caprivi ihm etwas theuer zu stehen kommen. Sie müssen sehr schwerwiegend sein, um die durch solche Vorgänge stärker als durch sozialdemokratische Attacken durchlöcherte Autorität der gegenwärtigen Regierung einigermaßen auszuflicken. Schreibt doch selbst das lammfromme Organ der Freikonservativen: „Die Autorität der Regierung gewinnt dabei eben nicht", und eine konservative Zeitung bemerkt sogar: „Für seine Person kann der Minister ja thun, was er will, aber er hätte unseres Erachtens dem Landtage der preußischen Monarchie eine solche Zumuthung nicht stellen sollen. Wir wollen unseren Empfindungen einen ganz milden Ausdruck geben und sagen: Es ist deprimirend und schmerzlich nach den vorjährigen Erklärungen der Regierung, diese neue Vorlage erleben zu müssen. Das ist die einfache Unterwerfung nicht blos unter die Forderungen der Kurie, sondern sogar unter die des Centrums und der Jesuitenpartei." Und so ist es in der That. In einer Zeit, in welcher sich das deutsche Volk gegen die Zumuthung emporbäumt, die Jesuiten wieder bei sich einziehen zu sehen, liefert die Vormacht Deutschlands leichten Herzens den Vorkämpfern des Papstthums reichliche Mittel zum Kampfe gegen die eigene Kraft, sie liefert diese Mittel aus, nachdem sie kurz vorher unter allgemeinem Beifall das Gegentheil erklärt hat. Man braucht auf die Sache gar nicht weiter einzugehen, um zu erkennen, daß es die segenslose Politik eines Necker ist, welche der Minister v. Goßler in diesem Falle treibt, und es muß ausgesprochen sein, daß man nur mit einem Gefühl tiefsten Bedauerns jene Stufenleiter verfolgen kann, in welcher ein preußischer Minister einem Windthorst und ein Windthorst dem italienischen Papste die Füße küßt. Schwarze Perlen sind bekanntlich theuer, als weiße — die schwarze Perle von Meppen aber, so klein sie ist, kommt den Deutschen am theuersten zu stehen.

Doktrinäre Theoretiker behaupten zuweilen, die republikanische Staatsform böte in höherem Maße als die monarchische eine Gewähr für eine gedeihliche friedliche und freiheitliche Entwickelung der Völker. Wie wenig das zutrifft, beweisen u. A. aus neuerer Zeit die zahlreichen Republiken Mittel- und Südamerikas. Dort vergeht kaum ein Jahr, welches nicht Aufstände und Staatsstreiche, Soldatenrevolten und blutige innere Fehden aufwiese. Zuletzt waren es die mittelamerikanischen Republiken und Argentinien, in denen die Revolutionsepidemie herrschte. Chile war bisher von allen spanisch-amerikanischen Republiken die glücklichste und ruhigste. Nach beinahe 50jährigem Friedensgenusse, in welchem Chile sich in gesunder und geordneter Weise entwickelt hat, ist nun auch dieser Staat von der Revolutionswelle bespült worden. Die ziemlich spärlichen Mittheilungen über den chilenischen Aufstand lauten noch ziemlich verworren und widersprechend. Thatsache ist Folgendes: Zwischen dem 1886 auf die Dauer von 5 Jahren gewählten Präsidenten Balmaceda und dem sogen. Congreß, d. h. der Volksvertretung, besteht ein jahrelanger Konflikt. Der Präsident nämlich hatte wiederholt Minister gewählt, welche derselben nicht genehm waren. Denn er stellte sich auf den Standpunkt, daß er sich seine Minister nach Belieben auswählen könne, ohne sich um die Congreßmajorität zu kümmern. Es bildete sich infolge dessen eine starke Partei, welche darauf ausging, die selbstherrliche Macht des Präsidenten zu Gunsten einer strenge parlamentarischen Regierung einzuschränken. In wenigen Monaten findet nun die Neuwahl eines Präsidenten statt. In Chile ist es üblich, daß der regierende Präsident auf die Wahl seines Nachfolgers einen Einfluß auszuüben sucht. Dies ist darum leicht möglich, weil der ganze Regierungsapparat ihm zur Verfügung steht, da er die Gouverneure der Provinzen und Departements nach Belieben einsetzen und abtreten kann. Um den Einfluß des Präsidenten, welcher bestrebt ist, einem seiner Anhänger die Nachfolge in der Präsidentschaft zu verschaffen, einzuschränken, beschloß die Kammer ein Wahlreformgesetz, durch welches den Centralbehörden der Regierung bei den Wahlen jede Beeinflussung unmöglich gemacht ist. Balmaceda verweigerte seine Genehmigung, während die Volksvertretung ihrerseits die Berathung und die Annahme des Budgets ablehnte. Ein Ausgleichsministerium, welches der Präsident gebildet hatte, brachte es nicht zur Beilegung des Conflikts. Schließlich hat dann Balmaceda den Congreß aufgelöst und eine Kundgebung an das Volk erlassen, in welcher er erklärte, daß trotz der Nichtgenehmigung des Budgets die Steuern weiter erhoben werden sollten. Die ständigen Kammerausschüsse haben hiergegen Protest erhoben, die Präsidenten des Parlaments an das Volk appellirt und sich unter den Schutz der ihnen ergebenen Flotte begeben. Die Landarmee scheint jedoch bisher, wenigstens zum größten Theil, zu Balmaceda zu halten. Nach den neuesten Mittheilungen hat die aufständische Flotte Valparaiso und Iquique blokirt und die revolutionäre Bewegung scheint auch im Lande an Ausdehnung zu gewinnen. Ohne Zweifel haben beide Theile verfassungswidrig gehandelt: Balmaceda, indem er die Volksvertretung auflöste und eigenmächtig ein Budget aufstellte, — die Vertreter der Kammermajorität, indem sie eine öffentliche aufrührerische Kundgebung gegen das Staatsoberhaupt erließen und die Marine zur Rebellion veranlaßten. Schließlich handelt es sich aber um eine Machtfrage; wenn das Landheer der Regierung treu bleibt, dürfte diese aus dem Kampfe als Siegerin hervorgehen. Die englische Regierung hat inzwischen zum Schutze ihrer Landleute mehrere Kriegsschiffe nach Chile abgehen lassen, desgleichen auch die französische. Es wäre wünschenswerth, daß unsere Regierung diesem Beispiele Folge gäbe. Denn von allen europäischen Nationen besitzen die Deutschen in Chile den größten Einfluß. Ihnen dürfte gewiß inmitten der Revolutionswirren ein wirksamer Schutz seitens der deutschen Regierung willkommen sein, der auch insbesondere den erst kürzlich eingewanderten Deutschen, deren Zahl beinahe 7000 beträgt, zu Gute kommen würde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Januar.

Berlin. Reichstag. Das Präsidium wird ermächtigt, dem Kaiser zu dessen Geburtstag den Glückwunsch des Hauses zu übermitteln. Dann wird die Berathung des Etats des Innern fortgesetzt. Auf Anfragen erwiedert Staatssekretär v. Bötticher, daß der Erlaß einer Prüfungsordnung für Nahrungschemiker vorbereitet werde, ferner, daß die Maßregeln für Desinfizirung der Viehtransportwagen der Eisenbahnen ausreichend seien, um einer Verschleppung der Maul- und Klauenseuche vorzubeugen, endlich, daß es sich empfehle, daß das Haus sich über die Grundzüge für ein Weingesetz verständige, bevor ein solches von der Regierung vorgelegt werde. — Abg. Dr. Lingens (Ctr.) wandte sich gegen die Bestrebungen auf Einführung der Feuerbestattung. Ihre Hauptwaffe entnehmen diese Bestrebungen den sanitären Verhältnissen der Kirchhöfe. Diese seien aber, wie die angestellten Ermittelungen ergeben hätten, keineswegs bedenklich. — Abg. Dr. Barth (frs.) beantragt Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von amerikanischen Schweinen, Schweinefleisch und Würsten. Dies Verbot sei mit sanitären Rücksichten begründet worden. Denselben lägen aber protektionistische Bestrebungen zu Grunde. Es erbittere die Amerikaner, daß man ihre Solidität in Frage stelle, indem man ihre Waare für gesundheitsschädlich erkläre, obgleich sie doch Alles thäten, um den europäischen Konsumenten die Sicherheit zu geben, daß die Waare den sanitären Anforderungen entspreche. Die betreffenden, in Amerika erlassenen Bestimmungen seien scharf und weitgehend. Die verbündeten Regierungen sollten die Aufforderung der amerikanischen Regierung zur Aufhebung des Verbotes nicht erst abwarten, sondern derselben zuvorkommen, um sich nicht Reklamationen auszusetzen, wie sie der franz. Regierung zu theil geworden. Es handele sich um die Freigabe eines werthvollen billigen Volksnahrungsmittels. Außerdem werde der deutsche Handel durch das Verbot geschädigt, ebenso würden unsere guten Beziehungen zu Amerika beeinträchtigt. — Staatssekretär v. Bötticher: Der einzige für Erlaß des Verbots maßgebend gewesene Gesichtspunkt, der gesundheitliche, bestehe nach wie vor fort; der protektionistische Gesichtspunkt habe nicht mit gesprochen. Es sei nachgewiesen, daß in Deutschland die Trichinose wiederholt in Folge des Genusses amerikanischen Fleisches ausgebrochen sei; während von den deutschen Schweinen nur 0,60 Prozent als trichinenhaltig befunden wurden, ergaben sich von den amerikanischen Schweinen 7 Prozent als trichinös. Die neuesten amerikanischen Bestimmungen gegen die Trichinose würden in Amerika selbst noch als ungenügend erachtet. Die Bedeutung der Frage für die Volksernährung werde übertrieben. Der Konsum amerikanischen Fleisches habe vor dem Verbot nur einen geringen Bruchtheil des gesammten Fleischkonsums gebildet. So lange die gesundheitliche Gefahr des Konsums amerikanischen Fleisches fortbestehe, müsse auch das Verbot aufrecht erhalten werden. — Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) befürwortet den Antrag auf Aufhebung des Verbotes, durch welches den Arbeitern der Genuß des Schweinefleisches entzogen werde und welches Amerika zu Gegenmaßregeln veranlasse. Namentlich würden die sächsischen Textilarbeiter durch das Verbot schwer betroffen. Die, welche den Antrag ablehnten, würden wahrlich nicht im Sinne ihrer Wähler handeln. Aufrechterhaltung des Verbotes stehe auch im Widerspruch mit dem Grundsatze, den noch jüngst Se. Majestät der Kaiser dem Staatssekretär v. Stephan gegenüber über den Verkehr bekundete. — Dr. v. Frege (kons.): Wenn Amerika Garantieen für die Ausfuhr nur gesunden Fleisches schaffe, so werde der Aufhebung des Verbotes Nichts mehr im Wege stehen. Der deutsche Großgrundbesitz habe keine Ursache, die Konkurrenz der amerikanischen Schweine zu fürchten. Die Schutzzollpolitik, welche Dr. Barth und Abg. Schmidt angegriffen, hätte wohlthätig namentlich für die Arbeiter gewirkt, wie dies noch jüngst der Oberbürgermeister von Hamburg anerkannt habe. Die neuliche Abstimmung habe bewiesen, daß die Zahl der Vertreter des Schutzzolles in diesem Hause zugenommen habe. Das werde beruhigend im Lande und besonders auch bei den Arbeitern wirken. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es möge dafür gesorgt werden, daß der ganz kleine Landbesitz, der sich mit Schweinezucht beschäftigt, nicht durch Vegetationen des amerikanischen Großkapitals geschädigt werde. Redner tritt schließlich unter dem Beifall der Rechten der Versuche zurück, neben der Erregung der Unzufriedenheit in materiellen Dingen dem Volke noch seinen Glauben an die göttliche Vorsehung zu nehmen. (v. Vollmar ruft: Wir sind ja bei den Schweinen!) — Abg. Dr. Brömel (frs.): In keinem Lande der Welt seien die Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel in solcher, geradezu barbarischen Weise eingeführt worden, als bei uns. Einen Nachweis für die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Verbotes der Einfuhr amerikanischer Schweine habe der Staatssekretär nicht beigebracht. Er habe nur gesagt, daß neuere Untersuchungen über die Beschaffenheit amerikanischen Fleisches nicht angestellt seien, weil dasselbe eben nicht eingeführt werden dürfe. Das Verbot laste schwer auf dem Volke. Amerikanischer Speck und Schinken seien heute halb so billig als die inländischen. In England findet ein riesiger Konsum amerikanischen Fleisches statt. Wäre dieses „Zeug" so gesundheitlich, so müßte nachgerade schon jeder Engländer an der Trichinose erkrankt sein. Das Verbot sei nur bis auf Weiteres erlassen. Der Staatssekretär habe das „bis auf Weiteres" ebenso interpretirt, wie Puttkamer s. Z. das Wörtchen „sofort". — Staatssekretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen hätten dasselbe Interesse an erleichterter Volksernährung als irgend eine Partei des Hauses. Deshalb müsse er gegen die Unterstellung protestiren, daß der Aufhebung des Verbotes andere als rein sanitäre Rücksichten entgegenständen. Die Bezugnahme auf England sei nicht beweiskräftig, da die Engländer überhaupt kein rohes Fleisch äßen. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Für ihn stehe die wirthschaftliche Bedeutung der Frage im Vordergrunde. Die amerikanische Konkurrenz würde die deutsche Schweinezucht erdrücken, wenn man ihr die Grenzen öffne. Dr. Barth habe die Konsuminteressen der Bergarbeiter angeführt. Er habe aber nicht angegeben, daß sich die Löhne der Bergarbeiter seit dem Uebergang zu den Schutzzöllen und infolge derselben um 20–30 Prozent erhöht hätten. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus trat bei Berathung des Etats der Domänen in eine längere Debatte über die Lage der Landwirthschaft ein. Abg. Stengel (freikons.) konstatirte, daß die Pachtpreise, dieser Gradmesser der Rentabilität der Landwirthschaft, zurückgingen, was man bei den Verhandlungen über einen deutsch-österreichischen Handelsvertrag nicht übersehen möge. Die Zuckersteuerreform treffe die Landwirthschaft in den Gegenden, wo dieselbe auf Rübenbau eingerichtet sei, sehr schwer, sodaß man auf eine Entschädigung der Grundbesitzer Bedacht nehmen sollte. (Hört, hört! links.) Abg. Rickert (freis.) behauptete im Gegentheil, daß der Grundbesitz in seiner Rentabilität ständig und sogar bedeutend gestiegen sei. Wirthschaftlich und sozialpolitisch richtig wäre es, den großen staatlichen Domänenbesitz im Osten zu parzelliren und kleine Grundbesitze zu schaffen. Abg. Sombart (nat.-lib.) befürwortet gleichfalls eine solche Parzellirung und empfiehlt die Veräußerung gegen Eintragung ablösbarer Rente. Parzellirt sollten ferner die Ritter-, aber nicht die Bauerngüter werden, denn erstere seien Spekulationsobjekte geworden. Minister der Landwirthschaft v. Heyden erklärte, daß die wohlwollende Geschäftsführung seines Amtsvorgängers gegenüber der Landwirthschaft fortgeführt werden solle. Die Auffaugung des kleinen durch den Großbesitz habe dieselben Ursachen als die Aufsaugung des Klein- durch das Großkapital. Dagegen sei schwer anzukämpfen. Jedenfalls lasse es sich die Regierung angelegen sein, einen leistungsfähigen und kräftigen Bauernstand zu erhalten. Der Minister sagte auf Anregung Seer (natlib.) zu, daß auf die durch die Zuckersteuerreform betroffenen Pächter Rücksicht genommen werden soll. — Abg. Hamann (Ctr.), Freiherr v. Erffa (kons.), Schultz-Lupitz (freikons.), v. Behlow-Saleske (kons.), Pleß (Ctr.) und Dr. Arendt (freikons.) treten den Bestrebungen auf Entziehung des der Landwirthschaft unentbehrlichen Schutzes entgegen, während Abg. Rickert und Dr. Seelig (frs.) die Beseitigung der Agrarzölle forderten. Der Domänenetat wird angenommen. — Sonnabend: Sperrgeldergesetz.

Berlin. Der Kaiser hat befohlen, daß an seinem Geburtstage von der Illumination aller öffentlichen Gebäude auf Staatskosten Abstand genommen werde. — Der „Reichsanz." bestätigt, daß Minister Freiherr v. Lucius schon vor längerer Zeit den Ertrag des ihm vom Kaiser Friedrich erlassenen Fideikommißstempels dem Kaiser zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke übergeben hat. — Prinz Friedrich Leopold war in Rom Ueberbringer eines eigenhändigen Briefes des Kaisers an den König von Italien. — Der Entwurf eines Telegraphengesetzes ist dem Bundesrath zugegangen. Derselbe bestimmt: Das Recht, Telegraphenanlagen herzustellen und in Betrieb zu nehmen, steht ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind Fernsprechanlagen mitbegriffen. Ohne Genehmigung des Reichs können hergestellt und in Betrieb genommen werden: Telegraphenanlagen, welche erstens ausschließlich dem inneren Dienste von Landes- oder Kommunalbehörden gewidmet sind; zweitens von Transportanstalten, deren Linien ausschließlich zu deren Zwecken benutzt werden; drittens innerhalb der Grenzen eines Grundstückes oder mehrerer zu einem Betriebe vereinigter Grundstücke, deren keines von dem anderen über 15 Kilometer entfernt ist und ausschließlich dem der Benutzung der Grundstücke entsprechenden inneren Verkehr dienen. Wer entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes eine Telegraphenanlage herstellt oder betreibt, oder bei der Herstellung oder dem Betriebe den Bedingungen der Verleihung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. — Die Budgetkommission des Reichstages trat heute in die Berathung des Militäretats ein. Betreffs der Sekondelieutenants im Pionier- und Ingenieurcorps wird konstatirt, daß noch ein Manquement von 8,7 Prozent bestehe. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den 13. Hauptmann, welche Stelle die Regierung zu einer etatsmäßigen Stabsoffizierstelle umwandeln will. Es würde sich dies auf ca. 200 Offiziere beziehen. Die betreffende Position der Regierungsvorlage wurde mit 22 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Köln. Die „Köln. Ztg." meldet aus Petersburg, jüngst habe eine Zusammenkunft hervorragender Juden, darunter der Moskauer und Petersburger Rabbiner, stattgefunden, um über die Mittel zur Verbesserung der Lage der Juden in Rußland zu berathen. Sie hätten beschlossen, Zeitungen in Moskau und Petersburg zu gewinnen, die ja äußerlich den Anschein des Antisemitismus beibehalten könnten. Für Petersburg wäre der „Graschdanin" in's Auge gefaßt.

Hamburg. Von Rendsburg sind Pioniere hierher beordert worden, um Eissprengungen vorzunehmen. Der Eisenbahnverkehr in Holstein stockt infolge starken Schneetreibens vollständig.

Halberstadt. Sämmtlicher Verkehr im Harz ist infolge bedeutender Schneemassen unterbrochen. Die Abfertigung der Bahnzüge unterbleibt. Der Postschlittenverkehr stockt. — Die in Wolfsberg lebende Mutter Wilmann's erklärt, von einer Erbschaft

Pfund's Kindermilch. (Gesetzlich) Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Baubnerstr. 41/42.